



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid AfD**
vom 07.11.2025

Umstrukturierung und Zukunft der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen

Die Staatsregierung wird gefragt:

- | | | |
|-----|--|---|
| 1.1 | Welche finanziellen Einsparungen werden durch die Umstrukturierung und den Stellenabbau erwartet? | 2 |
| 1.2 | Wie hoch ist der aktuelle Schuldenstand der Kliniken? | 2 |
| 2.1 | Wie soll die Sanierung zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen? | 2 |
| 2.2 | Wie viele Stellen sollen insgesamt abgebaut werden? | 2 |
| 2.3 | In welchen Bereichen sollen Stellen abgebaut werden? | 2 |
| 4.2 | Wie wird die Qualität der medizinischen Versorgung nach der Umstrukturierung sichergestellt? | 2 |
| 3.1 | Welche Auswirkungen hat die Umstrukturierung auf die langfristige Investitionsplanung der Klinikstandorte? | 2 |
| 3.2 | Wie wird der Wegfall der Notaufnahme und Chirurgie in Wertingen die Erreichbarkeit von Notfalldiensten für die Bevölkerung beeinflussen? | 2 |
| 4.1 | Welche Alternativen, z. B. andere Kliniken oder medizinische Einrichtungen, stehen den Patienten in der Region zur Verfügung? | 3 |
| 5.1 | Wie wird die Bevölkerung in die zukünftige Planung der Gesundheitsversorgung eingebunden? | 3 |
| 5.2 | Gibt es eine Evaluierung der Umstrukturierung nach einem bestimmten Zeitraum? | 3 |
| | Hinweise des Landtagsamts | 4 |

Antwort

des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention
vom 22.11.2025

- 1.1 Welche finanziellen Einsparungen werden durch die Umstrukturierung und den Stellenabbau erwartet?**
- 1.2 Wie hoch ist der aktuelle Schuldenstand der Kliniken?**
- 2.1 Wie soll die Sanierung zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen?**
- 2.2 Wie viele Stellen sollen insgesamt abgebaut werden?**
- 2.3 In welchen Bereichen sollen Stellen abgebaut werden?**
- 4.2 Wie wird die Qualität der medizinischen Versorgung nach der Umstrukturierung sichergestellt?**

Die Fragen 1.1 bis 2.3 und 4.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Krankenhäuser sind keine nachgeordneten Behörden des Staates, sondern eigenständige Wirtschaftsunternehmen. Sie sind damit auch keinen staatlichen Weisungen hinsichtlich ihres Betriebsablaufes unterworfen. Entscheidungen über die interne Organisation des Betriebsablaufes, aber auch über Standort- oder Stationsschließungen treffen die Krankenhaussträger in eigener Verantwortung. Informationen über die wirtschaftliche Lage oder die wirtschaftlichen Planungen der Krankenhäuser liegen deshalb dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMGP) weder vor noch bestünde für Krankenhäuser die Pflicht zur Offenlegung.

- 3.1 Welche Auswirkungen hat die Umstrukturierung auf die langfristige Investitionsplanung der Klinikstandorte?**

Aktuell ist das Projekt „Neuerrichtung Notaufnahme und Intensivpflege“ an der Kreisklinik St. Elisabeth Dillingen mit förderfähigen Gesamtkosten von 15,78 Mio. Euro für die Aufnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm 2026 eingeplant. Zum Sachstand der Umsetzung der Maßnahme durch den Krankenhaussträger liegen dem StMGP keine aktuellen Informationen vor.

Darüber hinaus hat der Krankenhaussträger dem StMGP keine Förderanträge über weitere Investitionsmaßnahmen vorgelegt.

- 3.2 Wie wird der Wegfall der Notaufnahme und Chirurgie in Wertingen die Erreichbarkeit von Notfalldiensten für die Bevölkerung beeinflussen?**

Im vorliegenden Fall hat das Institut für Notfallmedizin (INM) gutachterlich festgestellt, dass trotz der Schließung der (ohnehin bereits nur noch eingeschränkt geöffneten)

Notaufnahme am Standort Wertingen die stationäre Notfallversorgung in der Region durch die umliegenden Krankenhäuser mit Notfallversorgung weiter auf hohem Niveau und gut erreichbar gesichert bleibt. Das gilt insbesondere für die Versorgung zeitkritischer Notfälle, die auch bisher allenfalls in sehr untergeordnetem Umfang in Wertingen versorgt werden konnten.

4.1 Welche Alternativen, z. B. andere Kliniken oder medizinische Einrichtungen, stehen den Patienten in der Region zur Verfügung?

Die stationäre Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Dillingen ist trotz der Umstrukturierung der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen weiterhin flächendeckend auf einem hohen Niveau, namentlich durch die Krankenhäuser Kreisklinik St. Elisabeth (Lkr. Dillingen), Klinik Donauwörth (Lkr. Donauwörth), die Kreiskliniken Günzburg-Krumbach sowie das Universitätsklinikum Augsburg (Lkr. Augsburg) und die weiteren stationären Angebote in Augsburg gesichert.

5.1 Wie wird die Bevölkerung in die zukünftige Planung der Gesundheitsversorgung eingebunden?

5.2 Gibt es eine Evaluierung der Umstrukturierung nach einem bestimmten Zeitraum?

Die Fragen 5.1 und 5.2 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1.1 bis 2.3 und 4.2 verwiesen. Darüber hinaus liegt die Pflicht zur Sicherstellung der stationären Versorgung nach den gesetzlichen Vorschriften in Bayern bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten. An diesen liegt es, konkrete Planungsvorhaben nach ihrem Dafürhalten auszustalten.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.